**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
HAUPT- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
20. HuFA 2004-2009
Sitzungsdatum:
08.05.2007

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 08.05.2007

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Haupt- und Finanzausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 07.11.2006 aus öffentlicher Sitzung
3. Festsetzung der Rahmenbedingungen zur Durchführung der Städtischen Seniorennachmittage 2007
4. Frauenförderplan
5. Bestellung eines Vertreters der Stadt Übach-Palenberg in den Beirat der WestEnergie und Verkehr GmbH
6. Anregungen nach § 24 GO
- 6.1. Anregung nach § 24 GO vom 31.03.2007 betr. der Anbringung eines Verkehrszeichens Nr. 250 in der Fidelisstraße
- 6.2. Anregung nach § 24 GO vom 26.04.2007 betr. des Nutzungsrechtes am Sportplatz "Am Bucksberg"
7. Erweiterungen zur Tagesordnung
8. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
Anfrage

B) Nichtöffentliche Sitzung

9. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 07.11.2006 aus nichtöffentlicher Sitzung

10. Veräußerung von Baustellen
11. Einrichtung von drei Ausbildungsstellen im Jahre 2008
12. Vergabeentscheidung
13. Bestellung und Entpflichtung von Bediensteten als Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes
14. Pachtangelegenheit
15. Erweiterungen zur Tagesordnung
16. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Sascha Derichs	SPD	(als Vertreter für Herrn Paul Josef Gerschel)
Herr Josef Fröschen	CDU	(als persönlicher Vertreter für Herrn Herbert Konrads)
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD	
Herr Leo Meertens	UWG	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Herr Matthias Spätgens	SPD	(als persönlicher Vertreter für Herrn Wolfgang Schneider)
Herr Gerd Streichert	SPD	(als Vertreter für Frau Eva-Maria Piez)
Frau Erika Tanzer	SPD	
Herr Günter Weinen	CDU	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Manfred J. Offermanns FDP

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzen
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen

Frau Stadtamtsrätin Maria-Luise Hermanns
Herr Verwaltungsangestellter Gottfried Mannheims

Schriftführer

Herr Stadtamtman Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die zahlreichen Besucher sowie den Vertreter der Presse.

Er wies darauf hin, dass den Stadtverordneten die Sitzungsvorlage zum Frauenförderplan sowie ein ergänzendes Schreiben zum Tagesordnungspunkt 6.2 „Anregung nach § 24 GO NW vom 26.04.2007 betreffend des Nutzungsrechtes am Sportplatz ‚Am Bucksberg‘“ zugegangen sei. Für die heutige Sitzung liege den Stadtverordneten als Tischvorlage die in der Jugend- und Sozialausschusssitzung verteilte Übersicht zu den verschiedenen Varianten der Seniorenveranstaltung in Übach-Palenberg sowie eine Gegenanregung von Anwohnern der Fidelisstraße zu Tagesordnungspunkt 6.1 „Anregung nach § 24 GO NW vom 31.03.2007 betreffend der Anbringung eines Verkehrszeichens Nr. 250 in der Fidelisstraße“ vor.

Stadtverordneter **Weinen** kündigte an, am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten zu wollen.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Beschluss:

Die Niederschrift zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.03.2007 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 07.11.2006 aus öffentlicher Sitzung**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 07.11.2006 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 **Festsetzung der Rahmenbedingungen zur Durchführung der Städtischen Seniorennachmittage 2007**

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass der Jugend- und Sozialausschuss diesen Punkt behandelt, allerdings zur abschließenden Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss vertagt habe. Er erklärte, dass man das Programm der Seniorenveranstaltung zukünftig auf eine veränderte Grundlage stellen wolle. Hierbei werde Wert darauf gelegt auch die Übach-Palenberger Vereine mit ins Programm zu integrieren. Die Verwaltung habe zwei mögliche Programmvarianten vorbereitet, die sich aus vom Künstlerdienst Köln vermittelten Artisten und Darstellern zusammensetzen sowie auch den Übacher Gesangverein und die Gruppe der Jagdhornbläser mit einbeziehen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion den Vorschlag der Verwaltung für vernünftig halte und sich für die Variante 1 des Veranstaltungsprogramms ausspreche. Er erinnerte daran, dass in der Jugend- und Sozialausschusssitzung auch über die Festsetzung von Eintrittsgeldern gesprochen worden sei. Insbesondere, ob überhaupt Eintrittsgelder erhoben würden und wenn ja, in welcher Höhe. Die SPD-Fraktion spreche sich dafür aus, das Eintrittsentgelt von 3,00 Euro beizubehalten. Dieser Betrag sei so bemessen, dass ihn sich sicherlich jeder leisten könne und dennoch die Wertigkeit der Veranstaltung zum Ausdruck bringe.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion sich ebenfalls für die Beibehaltung des Eintrittspreises von 3,00 Euro ausspreche. Man müsse bedenken, dass es für diese Veranstaltung einen Seniorenfahrdienst gebe, freie Beköstigung und ein gutes Programm geboten werde. Die UWG-Fraktion spreche sich darüber hinaus für die von der Verwaltung vorgestellte Variante 1 aus.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass man durchaus auch den Verwaltungsvorschlag hätte unterstützen können. Er wolle jedoch noch einmal innerhalb der Fraktion über die beiden Varianten und die Kostenbeteiligung der Besucher diskutieren und bat darum, diesen Punkt zur nächsten Ratssitzung am kommenden Dienstag zu vertagen.

Stadtverordneter **Josef Fröschen** regte an, die Probleme beim Erwerb der Eintrittskarten dadurch abzufangen, in dem man beispielsweise auch in den Pfarrbüros die Eintrittskarten anbieten lasse. So könnten sich viele Senioren in den Ortsteilen den Weg ins Rathaus sparen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass man auf diese Vorschläge mit Sicherheit später zurückkommen werde.

Beschluss:

Die abschließende Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird auf die kommende Sitzung des Rates vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4 Frauenförderplan

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass man zu diesem Tagesordnungspunkt noch Beratungsbedarf innerhalb der Fraktion habe und bitte die Beratung und Beschlussfassung in der kommenden Sitzung des Rates vorzunehmen.

Beschluss:

Die abschließende Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird in der kommenden Sitzung des Rates vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5 Bestellung eines Vertreters der Stadt Übach-Palenberg in den Beirat der West-Energie und Verkehr GmbH

Stadtverordneter **Weißborn** schlug als Vertreter der Stadt Übach-Palenberg in den Beirat den Stadtverordneten Paul Josef Gerschel vor.

Beschlussempfehlung:

Die Stadt Übach-Palenberg bestellt folgende Person als Vertreter in den Beirat

der WestEnergie- und Verkehr GmbH:

Vertreter der Stadt Übach-Palenberg: Paul Josef Gerschel

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6 Anregungen nach § 24 GO

6.1 Anregung nach § 24 GO vom 31.03.2007 betr. der Anbringung eines Verkehrszeichens Nr. 250 in der Fidelisstraße

Auf Nachfrage der Stadtverordneten **Weinhold**, warum der Name des Antragstellers in diesem Antrag geschwärzt sei, erklärte Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek**, dass die Bezirksregierung Köln in einer Rundverfügung alle Kommunen darauf hingewiesen habe, dass in den Fassungen von Verwaltungsvorlagen, die veröffentlicht oder ins Internet gestellt werden, die personenbezogenen Daten zu schwärzen sind. Dies sei deshalb geboten, weil das Recht auf informationelle Selbstbestimmung einer unautorisierten Veröffentlichung entgegenstehe. Den Ratsmitgliedern seien allerdings über den nichtöffentlichen Teil eine ungeschwärzte Version des Antrages zugestellt worden.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die Anregung zur Anbringung des Verkehrszeichens in der Fidelisstraße von der UWG-Fraktion nicht unterstützt werde. Man habe bereits viele Einbahnstraßenregelungen im Stadtgebiet und im vorliegenden Fall sei die Aufstellung dieses Verkehrszeichen nicht nachvollziehbar. Sie bitte jedoch nicht heute darüber zu entscheiden, sondern den Tagesordnungspunkt in die kommende Ratssitzung zu vertagen.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass er sich selten mit einer Bürgeranregung solchen Inhaltes hätte beschäftigen müssen. Er sei in der Vergangenheit von vielen Personen angerufen worden, die ihm in dieser Angelegenheit ihren Standpunkt zu vermitteln versuchten. Den vorliegenden Fall bewerte er als Kleinkariertheit in der Sache und Unfähigkeit der handelnden Personen vernünftig miteinander umzugehen.

Er halte es allerdings nicht für eine Angelegenheit, mit der sich der Rat befassen müsse. Vielmehr sehe er hier den Bereich des Ordnungsrechtes tangiert und fragte den Bürgermeister wie er diese Sache ordnungsbehördlich bewerte.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er bereits im Vorfeld den Versuch unternommen habe, in dieser Angelegenheit eine einvernehmliche Lösung anzubieten. Er habe sogar angeboten, das Fahrzeug, der Übach-Palenberger Tafel in städtischer Obhut unterstellen zu lassen. Dem Antrag zur Aufstellung des Verkehrsschildes habe er nicht nachkommen können. Hier könne die Leiterin des Ordnungsamtes, Frau Hermanns, den rechtlichen Standpunkt erläutern.

Stadtamtsrätin **Hermanns** erklärte, dass es sich bei der Fidelisstraße um eine öffentliche Straße handele, auf der auch Kraftwagen geparkt werden dürfen. Grundsätzlich gelte gem. § 39 Abs. 1 StVO, dass Verkehrszeichen nur dort aufgestellt werden dür-

fen, wo die Umstände dies zwingend gebieten. Dabei sei wichtig, dass die Regelung des Verkehrszeichens auch durchsetzbar sei.

Das Verkehrsschild des Durchfahrverbots mit einer Befreiung für Anlieger bedinge, dass diejenigen dort durchfahren dürfen, die ein sachliches Anliegen hätten. Hierzu zitierte Sie die Verwaltungsvorschrift des § 41 StVO: „... ist eine Straße für den Durchgangsverkehr mit Ausnahme der Anlieger gesperrt, gilt dies nicht nur für Anwohner. ‚Anlieger‘ ist jeder, der dort etwas privat, geschäftlich oder dienstlich zu besorgen hat, z. B. Kunden eines Geschäfts, Hotelgast, Besucher einer Arzt- oder Anwaltspraxis, eines Restaurants, eines Bewohners ... sowie Abholen eines Bewohners oder dessen Besucher, eines Fahrgastes am Bahnhof.“

Demnach sei das Parken an dieser Stelle für die im Antrag genannten Fahrzeuge auch ohne weiteres möglich und könne nicht unterbunden werden. Im gesamten Stadtgebiet befinde sich ohnehin nur eine einzige Straße, in der das auf Anlieger beschränkte Befahren der Straße vorgeschrieben sei.

Auf dem Baesweilerweg sei diese Einschränkung wieder entfernt worden, da sie ohne Auswirkung für den Verkehr geblieben sei. Die Durchfahrt sei daraufhin durch das Aufstellen von Blumenkübeln unterbunden worden.

Nach Rücksprache mit dem Straßenverkehrsamt des Kreises sowie der Polizei sei man auch einhellig zu dem Schluss gekommen, dass das Aufstellen eines solchen Verkehrsschildes aus den vorgenannten Gründen nicht vorgenommen werden könne.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass er die Argumentation des Stadtverordneten Weinen durchaus nachvollziehen könne. Er sehe es ebenfalls so, dass es sich hierbei um eine Angelegenheit privater Natur handele. Für ihn sei auch nicht nachvollziehbar, warum sich die Politik mit dem Thema zu befassen habe, da die Frage zur Aufstellung eines Verkehrsschildes doch eindeutig durch die Verwaltung beantwortet werden könne. Grundsätzlich habe er keine Bedenken gegen eine Vertagung, zumal die zu Beginn der Sitzung verteilte Tischvorlage noch nicht näher beraten werden konnte.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er die Angelegenheit deshalb auf die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses hätte nehmen müssen, da die Antragstellung mit dem Begriff „Bürgerbegehren“ auf eine Anregung nach § 24 GO abzielte, nach der die politischen Gremien zu beteiligen seien. Im Übrigen habe er diesbezüglich bei den Antragstellern nachfragen lassen. Diese hätten ausdrücklich auch eine Entscheidung der Politik angestrebt.

Stadtverordneter **Josef Fröschen** merkte an, dass man die Kleinkariertheit verschiedener Personen schon daran erkennen können, dass gestern vor dem Haus des Fraktionsvorsitzenden Weinen nicht unbewusst der Wagen der Tafel abgestellt worden sei.

Beschluss:

Die abschließende Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird auf die kommende Sitzung des Rates vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6.2 Anregung nach § 24 GO vom 26.04.2007 betr. des Nutzungsrechtes am Sportplatz "Am Bucksberg"

Stadtverordneter **Gudduschat** erkundigte sich danach, warum in diesem Antrag der Antragsteller nicht geschwärzt worden sei.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erläuterte, dass es sich bei dem antragstellenden Verein um eine juristische Person handle. Diese sei grundsätzlich nicht von dem Gebot der informationellen Selbstbestimmung des Datenschutzgesetzes betroffen. Zwar werde in diesem Zusammenhang geprüft inwieweit die Bestimmungen und Verfügung der Bezirksregierung auch auf solche Fälle zutreffen, jedoch könne zum jetzigen Zeitpunkt von einer Schwärzung der Namen von juristischen Personen abgesehen werden.

Stadtverordneter **Weinen** regte an, dass aufgrund des Beratungsbedarfes in der Sache eine Vertagung in den zuständigen Fachausschuss geboten sei. Die Beschlussfassung könne dann später wieder im Haupt- und Finanzausschuss erfolgen.

Beschluss:

Zur Vorberatung eines Beschlussvorschlages wird die Anregung an den Schul-Sport- und Kulturausschuss vertagt. Die abschließende Beschlussfassung obliegt danach dem Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7 Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

8 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters ergaben sich nicht.

Anfrage

Anfrage der CDU-Fraktion

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass in der nächsten Ratssitzung ein Antrag der SPD-Fraktion zur Wiedereröffnung des Freibades behandelt werde. Zur Entscheidungsfindung sei es jedoch notwendig, dass verschiedene Angaben zur Modernisierung des Hallenbades von der Verwaltung vorgelegt würden. Bereits in seiner Haus-

haltsrede habe er hierzu Anregungen gemacht, dass nach einer bestimmten Zeit eine Übersicht über die entstandenen Kosten und Erfahrungen mit dem Betrieb des Hallenbades vorzulegen seien. Ihn interessiere insbesondere wie hoch die letztendlichen Kosten für die Umgestaltung des Hallenbades gewesen seien. Hierbei sollten auch die durch eigene Kräfte des Bauhofes intern angefallenen Kosten Berücksichtigung finden. Weiterhin solle dargestellt werden, wie sich durch das Energiecontracting die Betriebskosten entwickelt haben. Weiterhin sei interessant zu erfahren, ob sich hierdurch das ständige Defizit im Schwimmbad reduziert habe. Eine Übersicht über die Besucherzahlen, die im letzten Jahr das Ü-Bad besucht hätten, sei ebenfalls von Interesse.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass bis zur kommenden Ratssitzung in der nächsten Woche diese Zahlen in Gänze sicherlich nicht vorgelegt werden könnten. Er werde gerne bis zur übernächsten Sitzung des Rates hierzu Daten durch die Verwaltung zusammenstellen lassen.

Das modernisierte Hallenbad sei am 20. Mai 2006 geöffnet worden. Bis Ende Mai sei ohnehin - auch in Abstimmung mit dem Rat - vorgesehen gewesen, Daten zu sammeln und sie danach den politischen Gremien zur Verfügung zu stellen. Da die Baumaßnahme abgerechnet sei, können hierzu die Kosten sicherlich schon vorher dargelegt werden. Was den Betrieb des Bades angehe, benötige man allerdings noch etwas Zeit.

Stadtverordneter **Meertens** erklärte, dass auch die UWG-Fraktion diese Angaben zur Beurteilung des SPD-Antrages für notwendig erachte. Er plädierte deshalb ebenfalls dafür, den Antrag auf die übernächste Sitzung des Rates zu vertagen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 18.45 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss Bürgermeister Schmitz-Kröll um 18.50 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer